

[Praxis]

P

TEXT: KURT W. ZIMMERMANN

# SPRACHROHRE DER POLITISCHEN ELITE

Michael Haller, früherer Journalist und Professor für Journalistik, hat die Berichterstattung zu Flüchtlingskrise und Willkommenskultur in den deutschen Medien untersucht. Sein Befund ist ernüchternd: Die Journalisten waren willfährige und opportunistische Lautsprecher der politischen Elite. Wer die Studie liest, erkennt schnell gewisse Parallelen zur Schweizer Medienkultur.



FOTOS: FLORIAN BACHMEIER

Flüchtlingscamp 2015 in Mazedonien: Ziel ist Deutschland, wo die Medien jeden Ankömmling bejubeln.

„Kaum ein Kommentar versuchte eine Differenzierung zwischen Rechtsradikalen, politisch Verunsicherten und besorgten, sich ausgegrenzt fühlenden Bürgern. So dienten die Kommentare nicht dem Ziel, verschiedene Grundhaltungen zu erörtern, sondern dem, der eigenen Überzeugung beziehungsweise der regierungspolitischen Sicht Nachdruck zu verleihen.“

Ein verheerenderes Urteil über Journalisten kann man kaum formulieren: Kein Interesse an Differenzierung, kein Interesse an Diskussion, dafür unkritische Verbreitung von Ideologie und von regierungsnaher Propaganda.

Wir reden von Deutschland. Professor Michael Haller analysierte rund 35.000 Texte rund um die Flüchtlingswelle von 2015 und Anfang 2016. Seine Ausgangsfrage lautete: Haben sich die Journalisten erkennbar bemüht, die kritischen Fragen und die verschiedenen, auch kontroversen Positionen in der Bevölkerung aufzugreifen, zu informieren, zu durchleuchten und zu vermitteln?

Die Antwort lautet: Nein.

Die Befunde von Haller werden hier auszugsweise wiedergegeben. Kürzungen und Zwischentitel sind von der Redaktion.

## 1. Schwäche bei der Selektion

Bereits im ersten Halbjahr 2015 überschwemmt die reichweitestarken, als glaubwürdig geltenden Newsmedien tagesschau.de, spiegel.de, welt.de und focus.de ihre User/Leser mit unüberschaubar vielen Meldungen und Berichten rund um das Dauerthema Flüchtlinge/Asylanten. Im Sommer schwall die Nachrichtenwelle nochmals dramatisch an. Während dieser Hochphase publizierten diese Newsites im Laufe von 24 Stunden bis zu 17 Nachrichten allein zum Ereignisthema Flüchtlinge/Asylanten. Sie berichteten und meldeten von unüberschaubar vielen Handlungsorten über Beteiligte auf unterschiedlichsten Ebenen. Dies deutet auf eine (mutmasslich dem Konkurrenzdruck geschuldete) sehr schwache Selektionsleistung der Newsredaktionen hin.

## 2. Meinung vor Fakten

Die Inhaltsanalyse der drei als Leitmedien geltenden Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Welt“ zeigte, dass der Inhalt überwiegend aus nachrichtlichen Berichten und meinungsbezogenen Beiträgen besteht. Nur rund 4 Prozent der Texte gehören zu den Formen, die dialogisch funktionieren (wie Interviews), nur rund 6 Prozent sind authentisch recherchierte Berichte und/oder erzählende Formen (wie Reportagen). Fast jeder fünfte Text gehört

zu den kommentierenden Formen – ein ungewöhnlich hoher Anteil, der für die ausgeprägte Meinungsfreude der drei Redaktionen steht.

## 3. Institutionelle Politik

Die Untersuchung zur Frage, wer alles in den berichtenden Texten zur Sprache kommt, ergab, dass in der Kategorie der relevanten Akteure und Sprecher zwei von drei Nennungen zur institutionellen Politik zählen. Mit knapp 9 Prozent weit abgeschlagen, gleichwohl zweitgrösste Gruppe, sind Vertreter der Judikative (Polizei, Strafverfolger, Gerichte, Anwälte), also jene, die sich von Berufs wegen mit Rechtsverstössen befassen. Die eigentlichen Hauptakteure – die Helfergruppen, Einrichtungen, freien Träger und Initianten, die sich, viele freiwillig, in erster Linie um Flüchtlinge kümmern – stellen nur rund 3,5 Prozent aller relevanten Personen, die in den redaktionellen Beiträgen genannt werden. Fachleute und Experten, die über akute Problemfelder (wie den Umgang mit Fremdenhass, ethnische Besonderheiten, Ehe- und Familienrecht in islamischen Gesellschaften) Auskunft geben könnten, kommen praktisch nicht vor (1:100). Die Hauptbetroffenen (Flüchtlinge, Asylsuchende, Migranten) bewegen sich bei 4 Prozent (das heisst eine Nennung auf 25 andere).

## 4. Sprachrohre der Regierung

Die Zweidrittelmehrheit der Akteure in den Berichten, die der institutionellen Politik zuzurechnen ist, setzt sich so zusammen: Knapp 43 Prozent sprechen für die Bundesebene (Regierung, Ministerien, Parteien, Parlament); jeder Fünfte vertritt eine ausländische politische Institution (inkl. EU-Gremien in Brüssel) und jeder Vierte zählt zur Bundesländerebene. Von den Akteuren, die einer Partei zugeordnet werden konnten (ein Drittel aller relevanten Personen), vertreten mehr als vier Fünftel eine der drei Regierungsparteien. Sprecher der im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien kommen nur jedes zehnte Mal zu Wort. Die in zahlreichen Bundesländer- und Kreisparlamenten vertretene AfD kommt in dieser Kategorie praktisch nicht vor (0,1 Prozent). Auch bei Kontroversen gehört der überwiegende Teil (rund 70 Prozent) der Konfliktpartner zur institutionellen Politik, davon sprechen vier Fünftel (81,3 Prozent) im Namen einer der Regierungsparteien.

## 5. Dominanz der politischen Elite

Die Zusammensetzung des in den nachrichtlichen Berichten auftretenden Personals unterstreicht die ausgeprägte Dominanz der politischen Elite. Vermittels der Medien verhandelt sie die Themeninhalte und setzt die Agenda. Umgekehrt gesagt: Die Berichterstattung in den drei Leitmedien ist zu grossen Teilen auf die (partei-) politische Arena der Koalitionspartner fixiert. Diejenigen, die sich in den Behörden und Einrichtungen um die Bewältigung der ungeheuren Aufgaben und Probleme des Vollzugsalltags kümmern, erscheinen aus der medial vermittelten Sicht der politischen Elite als nicht relevant.

## 6. Wenig Sachlichkeit

Der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, wird in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten. Insbesondere die Art und Weise, wie über die Positionierung eines Politikers berichtet wird, ist oftmals wertend und beurteilend, bei Vertretern der Opposition mitunter auch „von oben herab“. Zudem schreiben die Korrespondenten nicht selten in einer Diktion, die persönliche Nähe, auch Vertrautheit zur politischen Elite suggeriert



Das Selfie aller Selfies: Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem hochwillkommenen Einwanderer.

(auktorialer Duktus). Diese Attitüde kann beim Leser den Eindruck erzeugen, die berichtenden Journalisten seien weniger am Thema selbst als an den über das Thema transportierten Querelen interessiert. Politik wird in den Medien überwiegend als Schlagabtausch unter Mandatsträgern inszeniert. Unsere Befunde sind überraschend, erstens, weil das hier untersuchte Megathema, aus dem die sogenannte Flüchtlingskrise hervorging, die Einstellung der Bürger zu den Grundwerten betrifft und moralisch stark überformt ist, und zweitens, weil in vielen Regionen auch „bürgerliche“ Teile der Bevölkerung von einer tief sitzenden Fremdenangst besetzt sind, die publizistisch in den Blick zu nehmen wäre.

## 7. Intensive Kommentierung

Alle drei untersuchten Zeitungsredaktionen („FAZ“, „SZ“, „Welt“) kommentierten das Megathema „Flüchtlinge/ Asylbewerber“ sehr intensiv. Die Analyse dieser meinungsbetonten Beiträge (Leitartikel, Kommentare) bestätigt den zuvor referierten Befund: Bei sieben von zehn relevanten Thesen ist der virtuelle Adressat der Kommentare nicht der Leser, sondern die Politik. Die Argumente erörtern meist die von Politikern aufgeworfenen Vorschläge in operativer Hinsicht. Bis zum Spätherbst 2015 greift kaum ein Kommentar die Sorgen, Ängste und auch Widerstände eines wachsenden Teils der Bevölkerung auf. Wenn doch, dann in belehrendem oder (gegenüber ostdeutschen Regionen) auch verächtlichem Ton. Kaum ein Kommentar während der sogenannten Hochphase (August und September) versuchte eine Differenzierung zwischen Rechtsradikalen, politisch Verunsicherten und besorgten, sich ausgegrenzt fühlenden Bürgern.

## 8. Jubelnde Willkommenskultur

Die im Sommer 2015 vor allem in westdeutschen Gemeinden und Städten von vielen Tausenden von Bürgern gezeigte Aufnahmebereitschaft wurde von der Politik wie von den Medien überwiegend mit dem „deutschen Wunder Willkommenskultur“ („Die Zeit“) erklärt. Dieser sich selbst begründende Euphemismus wurde in den Tageszeitungsberichten zu einer Art Zauberwort verklärt, mit dem freiwillig von den Bürgern zu erbringende Samari-

terdienste moralisch eingefordert werden konnten.

## 9. Karriere eines Narrativs

Es ist zu fragen, wie es dazu kam, dass das Narrativ der „Willkommenskultur“ im Kontext des Flüchtlingsthemas eine solche auf Konformität gerichtete Meinungsmacht entfalten konnte. Um eine Antwort zu finden, haben wir den Gebrauch des Wortes Willkommenskultur anhand der Lokal- und Regionalpresse Deutschlands rekonstruiert. In der Tagespresse wurde unseren Befunden zufolge das Narrativ Willkommenskultur als moralisch intonierte Verpflichtungsnorm „top down“ vermittelt. Wenn in der Presse Kritisches zu Wort kam, dann im Sinne einer weiter zu stärkenden und zu verbessernden, kurz: „neuen“ Willkommenskultur. Annähernd 83 Prozent aller Zeitungsberichte vermittelten das Leitbild Willkommenskultur in einem positiven oder mehr positiven Sinne. Über Bedenkenräger oder Skeptiker wurde eher selten berichtet. Wenn vereinzelt kritische Gegenstimmen wiedergegeben wurden, dann waren es Statements von Rechtskonservativen oder Ultrarechten.

## 10. Regionalpresse fern der Bürger

Die Besonderheit der Regionalpresse, dass sie in ihren Lokalteilen die Nah- und Alltagswelt der Menschen durchleuchtet und Vorgänge wie auch Probleme quasi hautnah recherchieren kann, wurde im Jahr 2015 für die Flüchtlingsthematik nicht genutzt. Die vergleichsweise wenigen Texte, die Probleme oder Konflikte thematisierten, sind fast ausnahmslos Veranstaltungsberichte und insofern keine journalistischen Eigenleistungen. Nur in seltenen Ausnahmefällen wurden abweichende Positionen wie auch behördliche Fehlleistungen untersucht oder Fachwissen eingeholt und ausgewertet oder dialogisch aufbereitet. Bis Ende des Jahres 2015 wurden die Leistungen, die wir mit „diskursivem Journalismus“ umreissen, nicht erbracht.

## 11. Keine abweichenden Meinungen

Die Textanalysen belegen – was die Sinnfüllung des Narrativs „Willkommenskultur“ betrifft – einen hohen Gleichklang zwischen den Politiker- und den Medienaussagen. Von daher ist die Deutung gut gestützt, dass

mit dem „Framing“ des Komplexes Flüchtlingspolitik/ Willkommenskultur eine spezifische Diktion verbreitet wurde, die im Frühsommer 2015 die öffentliche Meinung so stark prägte, dass abweichende Positionen nicht mehr gehört wurden.

## 12. Die Ernüchterung

Auf die mit dem Stichwort Silvesternacht 2015/16 etikettierten Ereignisse folgte ein veränderter – man könnte sagen: differenzierterer – Umgang mit dem Megathema „Flüchtlinge in Deutschland“. Im 1. Quartal 2016 wird die Tonalität der Zeitungsberichte zurückhaltender, in Bezug auf die Praxis der Flüchtlingspolitik auch skeptischer. Die Sorgen und Ängste vieler Menschen zumal in den Grossstädten werden vorübergehend thematisiert. Im Januar 2016 finden sich auch viele Zeitungsberichte, die entgegen journalistischen Sorgfaltspflichten, in ihren Berichten über Normverstöße junge Migranten und Asylsuchende unter Täterverdacht stellen. Es entsteht der Eindruck, als wollten viele Journalisten jetzt überfleissig nachholen, was sie zuvor versäumt hatten.

## 13. Diskussion der Befunde

Diese Zusammenfassung könnte manchen Leser zu der Fehldeutung verleiten, es ginge uns um eine Kritik am Journalismus, die der Vorurteilsbestätigung diene, Motto: Wir haben’s doch immer schon gesagt, hier ist der Beweis!

Unsere Studie beschäftigte sich nicht mit der Frage, welche Einstellung zur Flüchtlingsthematik die moralisch bessere oder schlechtere sei. Wir haben uns auch nicht für die politische Haltung von Journalisten oder Redaktionen interessiert.

Im Oktober 2015 untersuchte das Demoskopische Institut Allensbach die Einstellung der Bevölkerung zu den Informationsmedien. Auf die Frage, ob die Medien ein zutreffendes Bild der „Flüchtlinge“ zeichnen, antworteten 53 Prozent mit Nein. Fast jeder Zweite nannte die Berichterstattung einseitig. Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung glaubt seither, der Journalismus werde offenbar gezwungen, systemkonform und insofern manipulierend zu berichten: Ende 2016 äusserten sich viele überzeugt, die Regierung würde festlegen, worüber die sogenannten Mainstreammedien berichten und worüber nicht.